

Nachhaltige Wirtschaft enttäuscht über unzureichende „Sofort“-Programme für den Gebäude- und Verkehrssektor

geschrieben von Andreas | 13. Juli 2022



Berlin, 13.07.2022: Die vorige Bundesregierung hat die im Klimaschutzgesetz festgehaltenen Ziele für den Gebäude- und Verkehrssektor verfehlt. Die zuständigen Ministerien waren deshalb aufgefordert Nachbesserungen vorzulegen. Der Bundesverband Nachhaltige Wirtschaft e.V. (BNW) ist enttäuscht über die unzureichenden Anstrengungen der sogenannten „Sofort“-Programme, vor allem im Verkehrsbereich.

Anstatt eines, wie im Koalitionsvertrag vorgesehen, sektorübergreifenden Klimaschutz-Sofortprogramms haben das Wirtschafts- und Klimaschutzministerium (BMWK) sowie die Bau- und Verkehrsministerien heute einzelne „Sofort“-Programme vorgestellt, die aber zum Teil auf viele Jahre angelegt sind. Der BNW setzt sich für eine sektorenübergreifende sozial-ökologische Transformation ein und ist enttäuscht über die unzureichende Tragweite der Programme: „Durch das Klimaschutzgesetz waren die zuständigen Ministerien verpflichtet, Nachbesserungen für den Gebäude- und Verkehrssektor vorzulegen. Das hätte ein lauter Weckruf für die Bundesregierung sein müssen. Leider verpasst vor allem das Verkehrsministerium die Chance, eine echte Trendwende für den

Klimaschutz einzuleiten,“ sagt die BNW-Geschäftsführerin Dr. Katharina Reuter. „Damit Deutschland seine Klimaziele erreicht, muss jetzt gehandelt werden. Für eine konsequente Verkehrswende braucht es ein ambitioniertes Maßnahmenpaket“, unterstreicht Reuter.

Der BNW fordert deshalb erneut folgende echte Sofort-Maßnahmen:

- Abbau von klimaschädlichen Subventionen, insbesondere die Abschaffung von Diesel- und Dienstwagenprivilegien
- Ausbau des ÖPNV: Ausreichende Investitionen in öffentliche Infrastrukturen
- Umgehende Einführung eines Tempolimits

„Um den Mobilitätssektor auf den Klimapfad zu bringen, muss der motorbetriebene Verkehr reduziert werden. Gleichzeitig braucht es ausreichende Alternativen zum Auto“, sagt die BNW-Geschäftsführerin. Besonders für den ländlichen Raum sind Kreativität und Anreize gefragt, die klimaschonende Mobilität ermöglichen, beispielsweise durch die Förderung von kleinen, flexiblen E-Fahrzeugen. Darüber hinaus braucht es eine pflichtmäßige ÖPNV-Anbindung bei Gewerbebetrieben. Nur durch eine ausreichende Infrastruktur lassen sich Nachhaltigkeit und Wirtschaftsansiedlungen im ländlichen Raum vereinbaren.

Auch für den Gebäudesektor wurde ein Maßnahmen-Paket vorgelegt. Der BNW bedauert, dass die Bundesregierung voraussichtlich auch im Gebäudesektor die gesetzten Ziele reißen wird. „Angesichts der aktuellen Energiekrise brauchen wir jetzt einen politischen Kraftakt im Gebäudebereich. Das Programm enthält wichtige Ansätze, wie die geplante Wärmepumpenoffensive. Verbesserungspotenzial besteht allerdings im Bereich der energetischen Gebäudemodernisierung“, betont Reuter.

Pressekontakt

Bundesverband Nachhaltige Wirtschaft e.V.

Dr. Katharina Reuter, Geschäftsführerin
reuter@bnw-bundesverband.de
+49 178 448 19 91

Agentur Ahnen&Enkel
Kai Weller
weller@ahnenenkel.com

Bundesverband Nachhaltige Wirtschaft e.V.

Der Bundesverband Nachhaltige Wirtschaft e.V. (BNW) ist die politische Stimme der nachhaltigen Wirtschaft und setzt sich als unabhängiger Unternehmensverband für den Umwelt- und Klimaschutz ein. Mit seinen knapp 600 Mitgliedsunternehmen steht der BNW inzwischen für mehr als 130.000 Arbeitsplätze.

30 Jahre hartnäckiger Einsatz für nachhaltiges Wirtschaften

geschrieben von Andreas | 13. Juli 2022



Berlin, 20.06.2022: Der Bundesverband Nachhaltige Wirtschaft e.V. (BNW) feiert sein 30-jähriges Jubiläum. Am 19.06.1992 gründeten 15 Unternehmer:innen in Stuttgart den Verband, damals unter dem Namen UnternehmensGrün, um der nachhaltigen Wirtschaft eine politische Stimme zu geben.

Seit der Gründung hat sich viel getan: Heute vertritt der

Verband bundesweit knapp 600 Mitgliedsunternehmen, die für mehr als 130.000 Arbeitsplätze stehen und ist mit seiner Geschäftsstelle mitten im Berliner Regierungsviertel stark aufgestellt. Vorstandsmitglieder, Geschäftsführung und Expert:innen des Verbandes sind in zentralen Beiräten der Bundesregierung und Gremien von wichtigen zivilgesellschaftlichen Institutionen aktiv. Der Verband ist im politischen Diskurs verankert, wird im Rahmen von Anhörungen auf Landes- und Bundesebene gehört und veröffentlicht regelmäßig Positionspapiere zur sozial-ökologischen Transformation. Damit ist der BNW heute ein starker Partner, der jahrzehntelange Expertise in allen Bereichen des nachhaltigen Wirtschaftens mitbringt.

„Bei der Gründung waren wir noch die Exoten in Wirtschaft und Politik. Jetzt zahlt sich die jahrelange Pionierarbeit aus. Die Mitgliedsunternehmen im Bundesverband sind heute als Vordenker:innen für nachhaltiges Wirtschaften gefragt wie nie“, stellt Gründungsmitglied Gottfried Härle fest. Härle ist Brauer in vierter Generation und führt das Vorzeigeunternehmen Brauerei Clemens Härle.

Der Vereinszweck ist heute wie damals die Förderung des Klima- und Umweltschutzes, insbesondere durch Förderung von ökologischem, sozialem und innovativem Wirtschaften. Diesem Ziel haben sich Nachhaltigkeitspioniere wie VAUDE, HiPP, Werner & Mertz und Weleda sowie große Unternehmen wie Remondis, Vaillant oder die Zurich Versicherung genauso angeschlossen wie grüne Start-ups und Social Entrepreneurs. Dazu erklärt Start-up-Gründerin und BNW-Vorständin Alma Spribille (CEO WEtell): „Das Wirtschaftssystem der Zukunft muss Klima- und Umweltschutz konsequent mitdenken. Vielen jungen Gründer:innen ist das bewusst – und sie bieten schon heute die Lösungen für morgen an. Wir sorgen dafür, dass die Stimme der nachhaltigen Start-ups auch in der Politik Gehör findet.“

Der Erfolg des Verbandes spiegelt sich auch in der

Mitgliederzahl wider. Allein in den vergangenen vier Jahren verdoppelte sich die Zahl der Mitglieder, Perspektive steigend. „Branchenübergreifend. Praxisnah. Der BNW ist das starke Netzwerk für die progressiven Unternehmen, die Nachhaltigkeit im Kerngeschäft verankert haben. Diese Besonderheit macht uns aus – und macht uns zu authentischen Gesprächspartner:innen für die Politik“, freut sich BNW-Geschäftsführerin Dr. Katharina Reuter über die Entwicklung des Verbandes. Gemeinsam mit den Mitgliedsunternehmen fordert der BNW faire politische Rahmenbedingungen für sozial-ökologisches Wirtschaften.

Pressekontakt

Bundesverband Nachhaltige Wirtschaft e.V.
Dr. Katharina Reuter, Geschäftsführerin
reuter@bnw-bundesverband.de
+49 178 448 19 91

Agentur Ahnen&Enkel
Kai Weller
weller@ahnenenkel.com

Bundesverband Nachhaltige Wirtschaft e.V.

Der Bundesverband Nachhaltige Wirtschaft e.V. (BNW) ist die politische Stimme der nachhaltigen Wirtschaft und setzt sich als unabhängiger Unternehmensverband für den Umwelt- und Klimaschutz ein. Mit seinen knapp 600 Mitgliedsunternehmen steht der BNW inzwischen für mehr als 130.000 Arbeitsplätze.

BNW fordert Importsteuer auf

russisches Erdgas und Erdöl sowie ein sofortiges Tempolimit auf deutschen Autobahnen

geschrieben von Andreas | 13. Juli 2022



Berlin, 14.04.2022: Der Bundesverband Nachhaltige Wirtschaft e. V. (BNW) fordert von der Bundesregierung größere Anstrengungen bei der Reduktion von Importen fossiler Energien aus Russland. Der EU-weite Stopp von Kohle-Importen aus Russland sei ein wichtiger Schritt. Nun müssen weitere Maßnahmen folgen, um die Öl- und Gasimporte aus Russland zu reduzieren und zeitnah komplett einzustellen. Ein geeignetes Instrument sieht der Verband in einer Importsteuer auf russisches Erdgas und Erdöl. Zudem fordert der BNW die sofortige Umsetzung von Maßnahmen, um den Ressourcenverbrauch schnell und deutlich zu senken. Darunter fällt die Forderung nach einer sofortigen Umsetzung eines Tempolimits auf Autobahnen und der Abbau steuerlicher Subventionen für Autofahrer:innen.

Im Angesicht des völkerrechtswidrigen russischen Angriffskrieges auf die Ukraine und der Kriegsverbrechen Russlands müssen laut BNW weitere Anstrengungen zur Reduktion von Öl- und Gasimporten aus Russland folgen. Der Verband begrüßt ausdrücklich das Ziel der Bundesregierung, von fossilen Energien aus Russland unabhängig werden zu wollen.

Zugleich sind zahlreiche Optionen noch nicht ausgeschöpft.

So macht sich der BNW für eine Importsteuer auf russisches Erdgas und Erdöl stark. BNW-Vorstand Klaus Stähle (Fachanwalt für Arbeitsrecht) dazu: „Statt einem sofortigen Importstopp von russischem Erdgas, der für uns und unsere europäischen Partnerländer schwer kalkulierbare Folgen hätte, möchten wir den an Russland zu entrichtenden Preis und so seine Einnahmen reduzieren.“

Konkret fordert der Verband eine Importsteuer auf russisches Erdgas und Erdöl. Für Erdöl sollte sie sich um jeweils 1/12 eines jeden Monats erhöhen, für Erdgas um jeweils 1/24, bis sie bei Erdöl nach einem Jahr und bei Erdgas nach zwei Jahren 100% erreicht. BNW-Vorstand Jan-Karsten Meier (Unternehmensberater) weiter: „So würde russisches Gas und Öl am Markt bleiben, der Preis aber erhöht und die Einnahmen Russlands de facto sinken.“

Der Wirtschaftsverband schlägt vor, die eingenommenen Importzölle zweckgebunden in den Umbau der Energiewirtschaft und den Ausbau von erneuerbaren Energien zu investieren. Der Verband macht deutlich, dass weder Fracking noch LNG eine Alternative sein darf. Es braucht einen konsequenten Umbau hin zu erneuerbaren Energien, nicht in fossile Energieträger!

Darüber hinaus müssen laut BNW Maßnahmen mit dauerhafter Lenkungswirkung, die die Abhängigkeit von Russland reduzieren und zugleich langfristig positive Effekte für Klima- und Umwelt haben, in den Blick genommen werden. BNW-Vorständin Dr. Antje von Dewitz (Geschäftsführerin VAUDE Sport GmbH & Co. KG) erklärt: „Es ist das Gebot der Stunde, sofort Maßnahmen mit dauerhafter Lenkungswirkung hin zu weniger Ressourcenverbrauch umzusetzen. Weg vom Krisenmodus und Maßnahmen mit kurzfristiger Wirkung, wie beim zeitlich begrenzten 9-Euro-ÖPNV-Ticket oder gar falscher Lenkungswirkung wie der Steuersenkung für Benzin und Diesel.“

Konkret fordert der BNW:

- Förderung der Energie- und Ressourceneffizienz bei Unternehmen, privaten Verbraucher:innen und der öffentlichen Hand
- Abbauplan für klimaschädliche Subventionen
- Abbau steuerlicher Subventionen, die Autofahren attraktiv machen
- Umsetzung eines sofortigen Tempolimit auf deutschen Autobahnen
- Dauerhafte Förderung von ÖPNV und grüner Mobilität
- Überprüfung der Klimawirksamkeit von bestehenden Gesetzen

Zugleich sieht der Verband nicht nur die Politik in der Pflicht. Auch Unternehmen können und müssen ihren Teil dazu beitragen, die Abhängigkeit von Erdgas- und Erdölimporten aus Russland zu reduzieren und zugleich Klima und Umwelt zu helfen. Deswegen ruft der BNW alle Unternehmen dazu auf, folgende Maßnahmen umzusetzen:

- Umstieg auf echte Ökostrom-Anbieter
- Konsequente Umsetzung von Energiesparmaßnahmen
- Raumtemperatur um 1-2 Grad reduzieren; in ungenutzten Räumen die Heizung komplett aus
- Mobilitätsrichtlinien auf CO₂-Ersparnis ausrichten
- Home-Office weiterhin ermöglichen, sofern es die Arbeitsabläufe zulassen
- Förderung von Fahrrad/Mitfahrgelegenheiten/ÖPNV für Mitarbeitende
- Verzicht auf Kurzstreckenflüge

Pressekontakt:

Bundesverband Nachhaltige Wirtschaft e.V.

Dr. Katharina Reuter, Geschäftsführerin

reuter@bnw-bundesverband.de

+49 178 448 19 91

Agentur Ahnen&Enkel

Kai Weller

weller@ahnenenkel.com

Bundesverband Nachhaltige Wirtschaft (BNW)

Der Bundesverband Nachhaltige Wirtschaft e.V. ist die politische Stimme der nachhaltigen Wirtschaft und setzt sich als unabhängiger Unternehmensverband für den Umwelt- und Klimaschutz ein. Mit seinen 540 Mitgliedsunternehmen steht der BNW inzwischen für mehr als 120.000 Arbeitsplätze.